

IVA-Positionen zur geplanten Verschärfung der Corona-Massnahmen

Die aktuellen Diskussionen zur Verschärfung der Massnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie lassen uns insbesondere zu denen, die Wirtschafts-Unternehmen betreffen, wie folgt Stellung beziehen und Fragen stellen:

Gesundheit

ist ein kollektiver Begriff sowie ein grosses gemeinsames gesamtgesellschaftliches Ziel geworden.

Unternehmen

ArbeitgeberInnen haben ein hohes und existenzielles Interesse daran, MitarbeiterInnen gesund zu halten, da nur so Unternehmen überhaupt produzieren oder Dienstleistungen erbringen können. Unsere MitarbeiterInnen mit all ihrem Wissen und den Fertigkeiten sind ein hochgeschätztes Gut, das mit allen Mitteln geschützt werden muss.

Seit März 2020 konnten so durch die Einführung umfangreicher Massnahmen wie z.B. Splitting von Abteilungen/Schichten/Teams/etc, digitale Video- und Telefonkonferenzen, konsequente Umsetzung und vor allem Kontrollen der AHAL-Vorgaben und auch Home-Office die Infektionszahlen in den Unternehmen deutlich niedrig gehalten werden. Reisetätigkeiten sind fast vollständig durch digitale Medien ersetzt worden.

Selbst in der fleischverarbeitenden Industrie wurde die Situation durch entsprechende Massnahmen in den Griff bekommen.

Um Infektionen frühzeitig zu erkennen, bieten wir zudem unseren Mitgliedsunternehmen seit Mitte Dezember die Möglichkeit unkomplizierter und kurzfristiger Schnelltests sowohl mit mobilen Teams in den Unternehmen als auch stationär für Einzelabklärung in Kooperation mit den beiden regionalen Kliniken (Ameos und Johanniter) an.

Nur ca. 5% aller Infektionen finden lt. RKI in den Unternehmen statt.

„Die Wirtschaft“ ist also keinesfalls der Treiber der Infektionen, da das Ausbruchsgeschehen minimal ist und Kontakte leicht verfolgbar sind.

Home-Office

ist auch in den Berufen, in denen es überhaupt machbar ist deutlich ausbaubar, würden wir auch liebend gern vermehrt anbieten, gleichwohl fehlt im ländlichen Raum dazu sehr häufig schlicht die digitale Infrastruktur.

Es gibt immer noch zu viele Landstriche und Orte ohne Internet und Mobilfunk.

Es gibt eine gewaltige Kluft zwischen städtischen und ländlichen Regionen. Lt. BMEL erreichen eine Übertragungsdichte von 100Mbit/s (was im Übrigen für die Heimarbeit mit grossen Datenvolumen sowie viel zu wenig ist) 83,2 % der städtischen Haushalte aber nur 19,4% der ländlichen.

Stand 2019 gab es in Deutschland 5.000 sogenannte weisse Flecken, wo Mobilfunkbetreiber keine ausreichende LTE-Versorgung von 30 Mbit/s zur Verfügung stellen.

Nur als Beispiel: Nur von den familiengeführten mittelständischen Unternehmen mit mehr als 50 Mitarbeitern haben 54 % ihren Sitz in genau diesen ländlichen Regionen.

Solange diese ungleichen Rahmenbedingungen bestehen, ist es obsolet über eine Home-Office-Pflicht oder Bussgelder auch nur zu diskutieren.

Dazu kommen noch die persönlichen Faktoren des realen Alltagslebens wie z.B.:

- Homeschooling hat bei niedrigem zur Verfügung stehenden Datenvolumen Priorität vor Home-Office.
- Sind bereits PartnerIn im Home-Office, Kinder im Homeschooling und Kitakinder zu Hause fehlt meist auch ganz einfach die notwendige Ruhe und Konzentration auf die Arbeit.
- Auch verfügen nicht alle über die räumliche Begebenheit eines Arbeitszimmers.
- Der Küchentisch ist das Büro, an dem sich alle treffen.
- Home-Office ist keine Kinderbetreuung.
- es sind bei weitem nicht alle Fragen rings um (Unfall-) Versicherungsschutz, Arbeitsrecht, steuerlicher Behandlung, Datenschutz, etc. rechtssicher seitens des Gesetzgebers geklärt.
- Die zusätzlichen Betreuungstage sind zwar eine kleine Hilfe für die Eltern, die Unternehmen bringt das jedoch in grosse Probleme: wer macht die Arbeit????

Notbetreuung

muss deshalb zur Entlastung der Eltern ausgebaut werden. Natürlich ebenfalls mit verpflichtenden täglichen Tests für alle.

Öffentlicher Nahverkehr

bedeutet ebenfalls ein enormes Ungleichgewicht zwischen Stadt und Land.

U- und S-Bahnen gibt es im ländlichen Bereich sowieso nicht. (Schul-)Busse und Bahnen schon.

Da das Ansteckungsrisiko in allen Transportmittel aufgrund der prekären Platzverhältnisse ausgesprochen hoch ist, stellen sich doch die Fragen:

- Wieso gibt es keine FFP2-Masken-Pflicht bei der Enge?
- Warum kann z.B. die Deutsche Bahn zwar zu den umsatzstarken Feiertage Züge verlängern und nicht generell in Coronazeiten, um mehr Platz anzubieten?
- Warum werden S-Bahnen/Metronom/Erinx/etc. nicht ebenfalls auf das technisch und bahnsteigmässig maximal machbare verlängert?
- Oder als Tandem zwei hintereinander fahren lassen?
- Dasselbe gilt für die Schul- und Pendlerbusse.
- Wieso können nicht zwei oder auch mehr Busse direkt hintereinander herfahren, um Gedränge zu entzerren? Es sind so viele Reisebusse stillgelegt und deren Fahrer in Kurzarbeit oder bereits arbeitslos; all das wird doch bereits aus Steuergeldern bezahlt, wieso kann es dann nicht auch so eingesetzt werden ?
- Kann man das nicht einfach probieren, um so auch die Schulen schneller wieder öffnen zu können?

Schulen/Kitas

müssen im Interesse des Kindeswohles sowie des Rechts auf Bildung so schnell wie möglich wieder geöffnet werden.

Schutz der Gesund u.A. durch verpflichtende tägliche Schnelltests von LehrerInnen, ErzieherInnen, Kindern und SchülerInnen.

Digitalisierung (siehe Home-Office), technische Ausstattungen, Lehrerausbildung müssen massiv und schnell vorangetrieben werden.

- Der Förderalismus im Bildungswesen bedarf einer kritischen Hinterfragung:
- Wieso gibt es z.B. keine bundeseinheitliche digitale Lernplattform?

Jede Schulleitung „kocht ihr eigenes Süppchen“, bei einem Umzug selbst innerhalb einer Stadt kann das bisherige Tool oft nicht mehr verwendet werden.

- Betreuung muss zuverlässig gewährleistet sein, um den Beschäftigten der Unternehmen „den Rücken frei zu halten“.
- Das gilt insbesondere für die Notbetreuung auch für die Kinder der Beschäftigten in systemrelevanten Berufen.

Kosten des Lockdowns

kann man bisher mit mindestens rd. 3 Milliarden € ansetzen – pro Woche!!!

Sollte es zu noch drastischeren Massnahmen und Schliessung weiterer Wirtschaftsunternehmen kommen, steigen nicht nur die Kosten sondern es sinken auch rapide Steuereinnahmen, Sozialversicherungsabgaben, etc..

Kurzarbeit wird ausgeweitet und Arbeitslosigkeit zunehmen.

Immer weniger Menschen arbeiten für immer mehr, die aus Steuergeldern versorgt werden (müssen).

Bereits jetzt beziehen mehr als 30 Millionen Menschen (rd. 21 Mio. Rentner, 1,7 Mio. Pensionäre/Hinterbliebene, 6,5 Mio. Beamte, Richter und Angestellte des öffentlichen Dienstes, ca. 5 Mio. ALG I- und II-Empfänger) monatlich pünktlich ihr Geld, egal, wie die Wirtschaft läuft. Kurzarbeiter sind hier noch nicht einmal enthalten.

- Wer soll das wie und für welchen Zeitraum noch erwirtschaften können ?

Die Wirtschaft muss unbedingt weiterlaufen!

Alten- und Pflegeheime

Kliniken, Gemeinschaftsunterkünfte, etc. haben die höchsten Infektionszahlen und sind die Treiber des Geschehens.

Hier muss endlich überall verpflichtend täglich konsequent und zu 100 % getestet werden. Und zwar Personal und Bewohner.

Nur so lässt sich auch die gefährliche Dunkelziffer der symptomlosen Verläufe, die bei stattlichen 5-8% liegt, aufdecken.

1 Person ohne Symptome steckt statistisch 20 Personen an (bei Kontakt)

Diese 20 Personen stecken 400 Personen an (bei Kontakt)

Diese 400 stecken dann 1600 an (bei Kontakt)

...

Auch deshalb ist eine Änderung der Teststrategie dringend notwendig.

Auch die Tatsache, dass mittlerweile in vielen dieser Einrichtungen Leiharbeiter zur Unterstützung des Personals eingesetzt werden, macht dies umso mehr erforderlich. Das Kostenargument kann angesichts des Schadens, den der Lockdown verursacht nicht mehr gelten.

Ebensowenig das Argument der nicht 100%-igen Sicherheit der Schnelltests.

Lieber eine 97%-Sicherheit als eine 100%-ige Unsicherheit. Und bei täglichen Tests wird da allein durch die schiere Menge schon vieles abgefangen.

Die derzeitige Empfehlung für 20 Tests/Monat/Person ist angesichts der bestehenden Gefahren in diesen Einrichtungen fahrlässig.

Ebenso die Personalknappheit. Von den 20.000 Bundeswehrsoldaten, die Unterstützung und Hilfe angeboten, sind z.B. nur 5% angefordert worden.

Ausbrüche in nur einer einzigen Einrichtungen treiben die Inzidenzen viel zu häufig um gleich dreistellige Zahlen nach oben. Und das in der höchsten Risikogruppe.

Impfungen

sind eindeutig das „Licht am Ende des Tunnels“. Eine eventuelle Impfpflicht sollte für besonders gefährdete Personengruppen in Bereichen wie Medizin, Pflege, Polizei, Feuerwehr, Rettungskräfte, Bundeswehr, Schulen, Kitas, etc. sachlich und offen diskutiert werden.

Ansonsten gilt: jeder ist für sein Tun selbst verantwortlich, mit allen positiven und negativen Konsequenzen.

ArbeitgeberInnen und Beschäftigte müssen sich diesem Thema auch in Hinblick auf z.B. Kranken-, Berufsunfähigkeitsversicherungen eher früher als später stellen.

Die Einrichtung von Impfzentren in den Städten ist als flankierende Massnahme gut. Allerdings müssen diese sehr schnell und flächendeckend für die deutlich grösseren ländlichen Bereiche von mobilen Impfteams auch als Entlastung der Hausärzte ergänzt werden.

Vorbild können hier die Blutspendebusse sein.

Grenzregionen

müssen zwingend Massentestzentren einrichten, um gerade in den ostdeutschen Bundesländern das Ausbruchsgeschehen zu reduzieren.

Hier gibt es viele PendlerInnen aus CZ und Polen, die allerdings für den Betrieb u.A. der Alten- und Pflegeheime aber auch der Unternehmen in diesen Regionen existenziell wichtig sind.

Aber auch hier muss endlich verpflichtend täglich konsequent und zu 100% getestet werden.

Gesundheitsämter

führen einen engagierten, für deren MitarbeiterInnen allerdings frustrierenden Kampf gegen Windmühlenflügel in Form der Kontaktverfolgung der Infektionsketten.

Ob dieser gewonnen werden kann, selbst wenn die Inzidenzwerte (die ja auch nur aus diesem Grund der Nachverfolgung mal bei 50 pro 100.000 Einwohner festgelegt wurden) sinken, muss bezweifelt werden.

Die Erfahrungen aus den Kontaktlisten des letzten Sommers haben ja sehr eindrücklich mit Gästen wie Donald Duck und ähnlicher Prominenz vor Augen geführt, dass es leider sehr viele unrichtige oder gar keine Auskünfte gibt.

Daran dürfte sich auch jetzt nichts geändert haben. Viele Kontakte werden schlicht verschwiegen.

Leider fehlen dadurch aber die Kapazitäten der Gesundheitsämter für andere wichtige alltägliche Aufgaben, wie z.B. Lebensmittelschulungen/Gesundheitsbelehrungen für Personal in unseren lebensmittelproduzierenden Betrieben.

Diese müssen bei Neueinstellungen mittlerweile Monaten auf diese zwingend vorgeschriebenen Einweisungen der neuen MitarbeiterInnen warten bzw. bekommen gar keine Termine mehr genannt.

Auch die wichtigen Kontrollen gerade in Alten- und Pflegeheimen können in dieser Situation, in denen diese ganz besonders nötig werden, nicht mehr geleistet werden.

Corona-App

ist leider wirkungslos, da Datenschutz über Infektionsschutz gestellt wird.

Diese Themenfelder bestimmen in unterschiedlicher Intensität eindringlich unseren betrieblichen Alltag.

Politische Entscheidungen zum Schutz vor dieser tückischen und gefährlichen, nun auch mutierenden Krankheit zu treffen, ist schwierig.

Den eingeschlagenen Weg konsequent fortzusetzen, wenn er erfolgreich ist, ist ebenso wichtig wie flankierend eben auch Strategieänderungen oder -ergänzungen zu prüfen.

Die Menschen dabei auch noch mitzunehmen, Akzeptanz und hohe Umsetzung zu erzielen, gelingt nur mit nachvollziehbaren und sinnvollen Auflagen und Einschränkungen, die klar mit Massnahmen und Wirkung kommuniziert und auch kontrolliert werden.

Alfeld, 18. Januar 2021